



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

117 (10.3.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332715](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332715)

General-Anzeiger



Abonnement

(Badische Volkszeitung)

der Stadt Mannheim und Umgebung

(Mannheimer Volksblatt)

Telegraphen-Adresse

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummern

Direktion, Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (Einnahmen, Druckarbeiten) 941

Redaktion 937

Expedition und Verlagsbuchhandlung 928

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben

(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros

in Berlin und Karlsruhe.

Gefestete und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Aussahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

30 Pfennig monatlich, Dringender 15 Pfg. monatlich, auch bei Post bez. incl. Postzuschlag 1/2 M. 60 per Quartal, Einzel-Nummern 6 Pfg.

Inserate

Die Colonat-Zeile . . . 25 Pfg.

Kurzweilige Inserate . . . 20 „

Die Reklam-Zeile . . . 1 Mark

Nr. 117.

Dienstag, 10. März 1908.

(Abendblatt.)

Mittelstand und nationalliberale Partei.

In einer vom nationalliberalen Wahlverein Hannover einberufenen öffentlichen Versammlung, in der der Landtagsabgeordnete des Bezirks, Heine, und der Reichstagsabgeordnete Dr. Osann (Darmstadt) sprachen, wurde auch Abrechnung gehalten mit der Behauptung des Führers der dortigen Mittelstandspartei, Herloh, daß Bassermann auf dem Parteitage in Eisenach die Mittelstandsfrage als abgetan bezeichnet habe. Damit diese Ausstreuung nicht Boden gewinnt, sei sie an der Hand des Protokolls des Eisenacher Parteitages von 1902 noch ausdrücklich widerlegt. Abg. Bassermann hatte damals über die auswärtige und die innerpolitische Lage zu referieren. In diesem Referate äußerte er im Anschluß an Darlegungen über die Sozialpolitik:

„Eine richtige Sozialpolitik wird auch des Mittelstandes nicht vergessen. Das auf dem Gebiete der Mittelstandsfrage geschehen ist, meine Herren, das bildet ja den Gegenstand eines besonderen Referates. Wir haben im Reichstag vor allem dahin zu wirken, daß der alte Streit um die Handwerkerorganisationen zu Ende geführt wird. Das ist mittelfristig geschehen.“

Bassermann machte dann noch die allgemeine Bemerkung, daß man rückständigen Elementen in Mittelstandsfragen keineswegs Folge leisten dürfe und die Forderung des (allgemeinen) Befähigungsnachweises und obligatorischer Zwangsleistungen nicht gutheißen könne; Auswüchse der Gewerbefreiheit seien zu beseitigen, aber die Wiederherstellung längst vergangener Zeiten könne man nicht bestrafen; es sei Pflicht, mit Bezug auf diese Dinge aufklärend in den Massen zu wirken. So der tatsächliche Vorgang. Wenn man dem vorhin genannten Mittelstandsführer guten Glauben beimessen wollte, könnte man ja annehmen, er habe das Wort von der „Beendigung“ des Streits um die Handwerkerorganisationen falsch verstanden. Aber leichtfertig hätte er doch auch dann in hohem Grade gehandelt. Denn was hat er getan? Er erhebt gegen den Parteiführer Bassermann den Vorwurf, die Mittelstandsfrage für abgetan erklärt zu haben, d. h. doch wohl, sie als eine solche bezeichnet zu haben, in der nichts weiter zu tun bleibe, und das soll ausgerechnet auf einem Parteitage geschehen sein, auf dessen Tagesordnung als ein Hauptpunkt die Mittelstandsfrage stand und von zwei bekannten Politikern der Partei: Dr. Hugo Böttcher (Steglich) als erstem Referenten und dem leider inzwischen verstorbenen Abgeordneten Dr. Edel (Göttingen) als zweitem Referenten behandelt wurde! Herr Herloh, wir fondolieren zu dem Zerfall!

Thyrell gegen den päpstlichen Absolutismus.

Unter dem Titel „Die juristische Gewalt der Kirche“ schreibt der bekannte englische Ex-Jesuit und Reformkatholik in der römischen Modernisten-Zeitschrift „Nova et Vetera“ einen lesenswerten Aufsatz gegen die römische Gewissensherrschaft, der umso größere Beachtung auch in

Deutschland verdienen würde, als gerade jetzt in den Fastenbriefen so manche Bischöfe das kirchliche Lehramt über das Gewissen stellen.

„Als Madstone“ — so schreibt Thyrell — „den Katholiken einst den Vorwurf machte, daß sie den Papst über das Gewissen stellen, erklärte Newman in seinem Schreiben an den Herzog von Norfolk, daß er stets zuerst auf das Wohl des Gewissens und dann erst auf das des Papstes trinken werde. In anderen Orten sagt uns Newman, daß das Gewissen der ursprüngliche Statthalter Christi sei. Es ist klar, daß wir nur auf den Papst hören, weil und insofern unser Gewissen uns dazu treibt. Der Papst ist darum der Gesandte des Gewissens, und seine ganze Autorität muß von diesem Gewissen abgeleitet werden. Wer annehmen würde, daß der Papst mich zwingen könnte, meinem Gewissen ungehorsam zu sein, oder mir verbieten könnte, alle päpstlichen Befehle zuerst vor das höhere Tribunal meines Gewissens zu bringen, würde damit behaupten, daß die Autorität des Papstes ihrer selbst wegen da sei und so absolut, wie unbegrenzt ist. Aber nur die Autorität des Gewissens, das heißt Gottes ist absolut. Wer nun einer begrenzten Autorität, wie zum Beispiel dem Papste oder der Kirche, unbegrenzten und blinden Gehorsam darbringt, wie man ihn und dem Gewissen schuldig darf, der begeht eine formelle Abgötterei, weil er den Kult, der Gott allein gebührt, auf eine Kreatur ausdehnt.“

Gegen diesen blinden Gehorsam, der es fertig bringt, daß das Wort eines Menschen ebenso geehrt wird, wie das Wort Gottes selbst, wendet sich der Ex-Jesuit in seinen weiteren Ausführungen und sucht darzutun, daß dieser ablehnende Standpunkt nicht nur protestantisch, sondern auch katholisch ist. An dem Beispiel der Apostel, denen der Herr geboten hatte, denen, die auf der Kanzel Moses sitzen, zu gehorchen, die aber früher, als diese Vorgesetzten ihnen verbieten wollten, im Namen Jesu zu predigen, zwar nicht das Recht dieser Priester abzuleugnen, wohl aber die Pflicht des Gewissens höher stellen, zeigt er, daß das öffentliche Wohl das Gesetz der Kirche ist, dem man mehr gehorchen muß als einer irdischen Autorität, „denn wenn eine gewohnheitsmäßige Opposition gegen eine Regierung eine öffentliche und große Beleidigung ist, so ist eine gelegentliche und gerechte Auflehnung wohlwollend und der beste Schutz gegen den Absolutismus.“

„Es hat weltliche und ungläubige Päpste gegeben“ — so schließt der Artikel — „denen zu widerstehen eine heilige Pflicht war. Aber wir können uns auch einen nicht weltlichen und frommen Papst denken, der unglücklicherweise so schlecht informiert ist, von seinen Räten betrogen wird und keine Ahnung hat von den Gefahren, denen er entgegengeht, daß seinen Befehlen zu gehorchen dasselbe bedeuten würde, wie seine eigenen Wünsche und Hoffnungen zu zerstören. Wenn ich also sicher weiß, daß der Kapitän sein Schiff auf einen Felsen zuweuert, dessen Existenz er nicht einmal ahnt, bin ich dann vielleicht ein Rebel, wenn ich Alarm schreie und weder schweigen noch an dem Zerstückungsmerci mitarbeiten

will? — Gutzutage, wo man sich im Vatikan am religiösen Zarisismus und Absolutismus mehr als je anklammert, werden Thyrells Ausführungen große Erbitterung hervorrufen.“

Politische Uebersicht.

Mannheim, 10. März 1908.

Zur Krise im Flottenverein.

Eine Versammlung von Vertrauensmännern des Deutschen Flottenvereins, die sich der Thüringer Resolution auf der Kasseler Tagung vom 10. Januar d. J. angeschlossen hatten, fand zu Berlin statt. Es wurde eine Einigung über den einzuschlagenden Weg erzielt. Von der Wiederwahl des alten Präsidents wurde nur mit Rücksicht auf die Erklärung, daß die Herren eine solche nicht annehmen würden, Abstand genommen.

Der Antischied.

Zu dem Erlaß von Strafmandaten gegen sozialdemokratische Wahlrechtsdemonstranten heißt es im „Vorwärts“:

„Das Strafmandat, das dem Genossen Thabor zu Solingen wegen „Veranlassung eines nicht genehmigten öffentlichen Aufzuges“ zugeht, ist nicht als einseitig, von einer fürsorglichen Behörde zur Unterdrückung künftiger Straßendemonstrationen (der Sozialdemokraten, die Patrioten dürfen in Preußen bekanntlich so oft und so laut sie wollen demonstrieren) erlassen worden. Im ganzen sind in Solingen 16 Strafmandate aus diesem Anlaß ergangen. Die Genossen A. Christmann und Albert sind darum mit je 14 Tagen Gefängnis, Albert außerdem noch mit 80 M. Geldstrafe, die anderen „Verbrecher“ mit je 80 bzw. 15 M. Geldstrafe bedacht worden. Selbstverständlich ist auf gerichtliche Entscheidung angetragen worden. Wäre auch nur, um vor Gericht auf die Gleichheit vor dem Gesetz in Preußen hinzuweisen, die sich besonders schämen in der differenzzierten Behandlung der patriotischen und der sozialdemokratischen Straßendemonstrationen jetzt.“

Die „Kreuz-Zeitung“ antwortet:

Ein Vergleich zwischen den sozialdemokratischen Demonstrationen und den patriotischen Kundgebungen vor dem königlichen Schloss und dem Reichslanglerplatz in der Nacht nach den Reichstagswahlen läßt sich gar nicht ziehen. Bei den sozialdemokratischen Demonstrationen handelt es sich um planmäßig vorbereitete Kundgebungen, durch die Verfassungsbänderungen erzwungen werden sollen. Es sind also revolutionäre Akte. Bei den Kundgebungen patriotischer Kreise in der Nacht nach den Reichstagswahlen handelt es sich dagegen um den Ausdruck nationaler Begeisterung, der dem augenblicklichen Drange der zufällig in größerer Anzahl vereinigten entsprang. Es traten Kundgebungen der monarchischen und royalistischen Kreise im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Straßendemonstrationen, die auf eine Störung der öffentlichen Ordnung hinarbeiteten.

Die Besuche der Varth und v. Gerlach,

sich bei den Sozialdemokraten im Wahlrechtskampfe anzubildern, wird von den führenden Genossen abermals höhnisch zurückgewiesen. Mit Verriedigung wird zwar im „Vorwärts“

Wiener Humor im Apollo-Cabaret.

Während im Saalbau zur Zeit Diane de Peids sich mehr sehen, als hören und ihr „güldenes Geschmeide“ gleich der Vorelei blitzen läßt, hat sich in der Cabarettstube des Saalbauhotels ein Stück echten Wiener Humors festgesetzt gemacht. Die Herren Wilhelm Knaack und Pepi Werner, letzterer den Mannheimer schon von der Lustigen Witze im Ausstellungs-Gebäude der Seltigen her bekannt, treten neuerdings im Cabaret als vielbekanntere Gäste auf und machen den weiblichen Herzen des reichhaltigen Programms erbedlich Konkurrenz. Knaack's Name läßt die Zeit des alten Knaack und Bloels vorausweisen; auch dieser jüngere Träger des berühmten Humoristennamens macht letzterem alle Ehre. Eine erwünschte, gleich außerordentlich viel Leben in die Bude des liebesfrohen Gott Apoll bringende Nummer ist die Vorführung seiner ergötzlichen „Schnipfelbrot“, an deren Bühnenerleuchtung das Auditorium im Chor ausbegeistert mitwirkte. Herr Werner bringt vorwiegend gemüthliche Sachen wie Lieber, wie sie der alte Böhl komponiert hat: a biber! Humor und a biber! Melodie und a biber! a Wehmut ist allweil dabei! Sein Couplet mit dem Refrain: „Weißt an alte Draber hin“ und der überaus innige, gefühlswarme Vortrag des volkstümlichen Liedes „A Quanterl“ lassen die große Beliebtheit Pepi Werners begreiflich erscheinen. Es steht viel Gemüt in diesen Nummern, die, wenn sie überhaupt zur Wirkung kommen sollen, auch ein gutes Stimmaterial voraussetzen. Ohne diese Decapo-Zugaben geht es denn auch bei den Herren Knaack und Werner nicht ab. Auch die mitwirkenden Damen erweisen sich der Gunst des Auditoriums, wenn ihnen förmlich auch die Wiener Kollegen stimmlich bedeutend „über“ sind. Aber an Breitfarnen gibt's förmlich außer stimmlichen Qualitäten auch „bied und böd und noch etwas“ zu bewundern, was im hängenden Licht einer orientierenden Brett-Mode des dritten Humor-

spenders im Bunde, des schlagfertigen Hauspoeten Hermann Böhr, umso interessanter erscheint. Wenn auch nicht gerade als „Brillanten-Königin“, so doch ein bißchen als Brillanten-Gräfin darf „Belle Töschgen“ gelten, eine der märklichen Stumpf-hühnergegend entwöhnten Diane, die den einen mehr toll als belle, den andern mehr mehr belle als toll erscheint. Das entscheidende Charakteristikum darüber abzugeben, wozu wir uns nicht anfordern, wir fallen die gewonnenen Eindrücke in die Worte: es muß auch solche Kaugummen geben. Auch für gute, unterhaltliche Musik ist gesorgt. Der Kapellmeister am Flügel sowohl, wie der des Singsängerquartetts macht seine Sache vortrefflich, so daß man es begreiflich findet, wenn einer, der bloß um zu Nischen hinkom, sich als cabarettungslos Verlorener das reichhaltige Programm bis zum Schlußfinale mitanhört. —ee—

Pariser Leben.

R. K. Paris, 7. März.

Der in's ungeheuerliche anwachsende Wogenderverkehr hat den Polizei-Präsidenten, Mr. Lépine, veranlaßt, eine neue Fahr-Ordnung einzuführen, welche geeignet erscheint, die Häufigkeit der, durch den großen Wagenandrang hervorgerufenen Verkehrsstörungeu wenigstens einigermaßen zu vermindern.

Diese Reform brachte jedoch in ihrer praktischen Durchführung den vielen Koffelkellern bedeutenden materiellen Nachteil. Deshalb führten sie Beschwerde dagegen, und dieser Beschwerde wurde auch Folge gegeben, indem die getroffene Verfügung wieder aufgehoben wurde. Mr. Lépine sucht nun, von seinen fähigsten Messortarbeitern unterstützt, ein neues Mittel, um Ordnung in den großen Wirtswart des Pariser Straßenlebens zu bringen. Es wurde eine, aus Polizei-Inspektoren und Wochleuten bestehende Kommission zusammengesetzt, welcher zunächst die Aufgabe zufiel, an den wichtigsten Kreuzungspunkten sowie an den

Jugängen der Bahnhöfe und Theater, strikte Beobachtungen über den Wogenderverkehr anzustellen.

Diese Beobachtungen ergaben folgende interessante Statistik: In der Woche vom 3. bis 9. Februar wies Sonntag, der 8. (ein Regentag) die bedeutendste Wagen-Frequenz auf. An diesem Tage zirkulierten in den Champs-Élysées zwischen 3 Uhr und 7 Uhr abends nicht weniger als: 7248 Wagen. An der Kreuzung Rivoli-Sébastopol am Freitag, den 7. zur selben Zeit: (bei gutem Wetter) 598. An der rue Drouot am Donnerstag, den 6.: 8936 und nochmals am Freitag, den 7. an der Kreuzung rue Napolé-Saint Denois: 10698! Das Resumé der Beobachtungen lautet: In den Champs-Élysées zirkulieren 1810 Wagen in der Stunde, und in der rue Napolé 3640! Um den Trubel tollends zu charakterisieren, darf man nicht unerwähnt lassen, daß die neue Monale eine absolut kurze und mächtig breite Straße ist. Und die Statistik basiert vom Februar! Wie würde sie sich erst in den heißen-Monaten April-Mai bis zum Grand-Priz gestalten!

Schon jetzt ist eine Steigerung des Straßen-Verkehrs gegen die beiden ersten Monate des Jahres zu verzeichnen.

Man begegnet auf Schritt und Tritt Gestalten, die zu gewissen Zeitpunkten immer wieder auf der Bildfläche erscheinen. Es sind dies die Moden-Repräsentanten und Repräsentantinnen und aller Herren Länder, die hier teils Modelle anlaufen, teils auch nur Anregung zu eigenen, neuen Combinationen zu empfangen suchen. Für die Sommer-Mode nehmen diese Wollfahrten schon Mitte Februar ihren Anfang und erstrecken sich über den ganzen Monat März. Die Winter-Mode holen sich die europäischen Modiere der Zivilisation im September, die Amerikaner aber schon Juli-August. In diesem Frühjahr sind die Amerikaner (wohl eine Folge der finanziellen Krads) zum größten Teil auszubleben.

Strahlt auch die Pariser Mode ihren Glanz über den gan-

anerkannt, daß die genannten Herren „die doppelgängige Laune der freimüthigen Führer mit kommandierenden Worten brandmarken“, und es wird ihnen auch beiseinigt, daß sie es eckig meinen. Dann aber heißt es weiter:

Allein in der Politik fragt man nicht nach dem guten Herzen, kaum nach der Ehrlichkeit, sondern nur nach der Macht. Und fragt man: welche Macht steht denn hinter diesen braven Deuten Gelack, Wack und Breitfächer? Welchen Anhang haben sie für ihre preußische Wahlrechtspolitik in den freimüthigen Wählermassen gewonnen? So kann die Antwort nur lauten: genau so viel, wie die David, Bernstein, Südelam für ihre Wahlrechtspolitik in den sozialdemokratischen Wählermassen gewonnen haben, nämlich gar keine. Wenn die David, Bernstein, Südelam den Gelack, Wack und Breitfächer im Wahlrechtskampfe helfen wollen, so erinnert das ein wenig an die rührende Scene, wo ein Minder einer Kassen helfen will, den Weg durch dieses irdische Jammerthal zu finden.

Kulturbüchlein.

In einem ostpreussischen Blatte lesen wir: „Zu der Festgedächtnisfeier einer Kreische wie der K u d r e z zur Dorfstraße. Kreis ist zu sehr Glanz, um als Scherzmaßer ernst genommen zu werden, und wiederum zu dünn und plump, um selbst als Glanz dem feinsinnigeren Odenburg oder dem Sommerberger Liebermann erfolgreiche Konkurrenz zu machen. Nur dadurch, daß die parlamentarische Zunftschöpfung durch die bekannten Tierlaute ihre Zustimmung zu den Ausschüssen des Reichstages kundgibt, gewinnt das Bild und zugleich brutale Gesicht des Wladimir des Rußlandese Bedeutung. Wie weit übrigens der Kreischismus auch auf der linken Wadseite seine gemacht, bewies Siegfried Hecker, der Wladimir, der nach Kreis auf die Bühne kolportiert, den Rest des Kreischen Wadstübes ausleerte und unter verständnisvollem Beifallsgeheul der Volksgenossen ein paar Unflätigkeiten gegen Stadtkönig ausstieß. In persönlichen Bemerkungen wurden die Genossen Heine und Stadtkönig den diversen Wladimir die schmutzigen Köpfe. Daß der Wladimir machte, nachdem die Kreis und Hecker ihren geistigen Unrat abgelassen haben, gehört so zum Wesen des neuhottentottischen Volkstanzes, wie die lauchtesten Indienselbstleiden und großen Parteiführer, die sich der Gottentottens auf dem Präsidentenstuhl, alias Herr Johannes Kampf, wieder einmal in ungegrüßter Masse zu schänden kommen ließ.“

Das Blatt, das diese Auslassungen eines wahrhaften Idelomans bringt, heißt „Königsberger Volkszeitung“ und ist ein Blatt der internationalen völkervereinigenden Sozialdemokratie, deren Organe teilweise anscheinend wachen, mit stiftlichem Unrat die Köpfe am zuverlässigsten revolutionieren zu können.

Deutsches Reich.

— Die Post- und Telegraphenunterbeamten haben in einer, kürzlich zu Berlin veranstalteten Versammlung ihre Wünsche an den Bundesrat und Reichstag in folgender Resolution formuliert: „Im Hinblick auf die schon seit langen Jahren bestehenden Leucungsverhältnisse und auf die daraus entstandene drückende Nothlage aller Post- und Telegraphenunterbeamten 1. eine allgemeine und nachhaltige, auch der in der Zukunft mit Sicherheit zu erwartenden Preisentwicklung auf allen Gebieten Rechnung tragende Befoldungsbesserung mit größter Beschleunigung durchzuführen, und zwar dadurch, daß a) die Logegehälter der Diätare (Postboten usw.), unter Abzugung des Diätarials und unter Anrechnung der vor der Postdienstzeit zurückgelegten Militärdienstzeit auf das Befoldungsdienstalter, auf 3,25 M., 3,50 M., 3,75 M. und 4 M., b) die Gehaltsätze der Unterbeamten der Schaffnerklasse (Schaffner, Briefträger, Leitungsaufsicher usw.) von 900 bis 1500 M. auf 1200 bis 1800 M., c) die Gehaltsätze der gehobenen Unterbeamten von 1400 bis 1800 M. auf 1500 bis 2200 M., und daß ferner d) die Wohnungsgeldsätze aller Unterbeamten um 50 pCt. erhöht werden; 2. die von den verbundenen Regierungen unter Zustimmung des Reichstags im vorigen Jahre in Aussicht gestellte Befoldungsvorlage so zeitig zugehen zu lassen, daß dieser sie noch in seiner jetzigen Session möglichst bis zu Ostern verabschieden kann und 3. diese Vorlage mit größter Beschleunigung bekanntzugeben, damit die drückende Ungewißheit, in der sich die gesamte Unterbeamtenchaft seit langem befindet, ihr dringend notwendiges Ende findet.“

— (Die Befoldung der Geistlichen und Lehrer in Preußen.) Die „N. A. G.“ schreibt: Am Mittwoch wird, wie Präsident v. Ardenne am vergangenen Samstag mittheilte, der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums im Abgeordnetenhaus über das Schicksal der preussischen Beamtenvorlage Auskunft geben. Es scheint fast, daß diese Auskunft negativ oder (wenn man will) dilatorisch ausfallen wird. Mit anderen Worten: daß man auf eine Verschiebung der Vorlage bis zur nächsten Logung sich einzurichten haben wird. Daß wir einen solchen Beschluß der königlichen Staatsregierung lebhaft bedauern müßten, brauchen wir wohl nicht erst ausdrücklich zu betonen. Dabei möchten wir's zunächst noch für selbstverständlich halten, daß von diesem Schicksal nicht auch die Entwürfe über die Befoldung der

gen Erdkreis aus: Ihre würdigste Anwendung und die dankbarste Repräsentation findet sie doch nur durch die Pariserin! Hier trifft das Sprichwort: „Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande“ nicht zu; denn nirgends ist der Kathosismus für die Pariser Mode größer als in Paris selbst, und niemand bezahlt williger und mit mehr Verständnis den guten Geschmack und die Singfertigkeit der Bekleidungskünstler, als die Pariserin.

Der „Gil Blas“ brachte unlängst diesbezüglich einen persiflierenden Artikel, der amüßant genug ist, um ihn im Wortlaut wiedergeben.

„Eine richtige Pariserin“, heißt es in demselben, „trägt nie denselben Hut zum Besuchmachen und zum Concours hippique; zu einer Garden-Party oder zu einem Fide o'clock; im Koncert Gelonne oder zur Vernissage (man verwechselt hier nicht — in Bezug auf den Hut nämlich — die Vernissage der „Independants“ mit jener des „Opaiant“) zu einer „Générale“ wie zu einer „Première“. Selbstverständlich kann man nicht denselben Hut im Mai tragen, den man im April trug, und wenn es regnet, wenn's windig ist, wenn's kugelt, aber wenn die Sonne scheint oder wenn es neblig ist oder wenn ein Regenbogen am Himmel, oder Mondeserscheinung ist oder Mondeschmelze, oder Ebbe und Flut — in Paris oder Goll-stréans in Havre —. Man hört nicht Teufel — entscheidende, aber krankhaft schwächende Musik, meine Liebe — im gleichen Hut an, wie etwa jene von Dufas, die einen „Lombardern“ Hut verlangt, oder Strauß, zu dem eine wilde „voque“ gehört! Zur ersten Kammermusik von Bronz ge-

Geistlichen und der Lehrer mit betroffen werden. Für ihre Finanzkögerung würde es in der That an jedweden Grund fehlen.

Badische Politik.

„Karlsruhe, 10. März. Der Vorstand des „Vereins Badischer Handelslehrer“ hat an die Regierung und die badischen Ständekammern eine Petition, die Regelung der Gehaltsverhältnisse der geprüften Handelslehrer und Reallehrer an den Handelsschulen betreffend, gerichtet und die Handelskammer gebeten, diese Petition bei dem Großherzoglichen Ministerium des Innern zu unterstützen. Mit Stimmeneinheit hat die Handelskammer beistimmen, diesem Wunsche zu entsprechen.

Interpellation über Arbeitslosigkeit.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten badischen Kammer brachte folgende Interpellation ein:

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krisis wird auch für die nächste Zeit noch eine außerordentlich bebenliche Arbeitslosigkeit, namentlich in den Kreisen der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter, zur Folge haben. Welche Mittel denkt die Großh. Regierung zu ergreifen, um die für die Arbeitslosen sich ergebende Nothlage in wirkungsvoller Weise zu mildern?

Die Abänderung des Enteignungsgesetzes.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

Karlsruhe, 6. März.

(Schluß.)

C. Vollziehung und Wirkung der Enteignung.

§ 46.

Wenn der Feststellungsbescheid (§ 44) auf Grund einer Vereinbarung über die Entschädigung (§ 43) erlassen ist, oder durch Verzicht auf den Rechtsweg oder Ablauf der Frist von 2 Monaten die Rechtskraft erlangt hat, oder wenn die Entschädigung durch gerichtliches Urteil rechtskräftig festgestellt ist, hat der Unternehmer die Entschädigungssummen zu bezahlen oder zu hinterlegen.

§ 49.

Auf den Nachweis der erfolgten rechtskräftigen Zahlung oder Hinterlegung der Entschädigungssummen oder einer anderweitigen Anordnung der Entschädigung durch Vereinbarung erläßt der Landeskommissar den Enteignungsbescheid.

Der Enteignungsbescheid enthält den Ausdruck, daß die nach Maßgabe des § 31 Abs. 1 und § 34 Abs. 2 zu beweisende Entziehung oder Beschränkung des Eigentums oder von Rechten an den Grundstücken, in den Fällen des § 11 die Uebernahme des ganzen Grundbesitzes oder Gebäudes, in den Fällen des § 13 Abs. 2 und § 15 Abs. 2 die Uebernahme des Eigentums, in den Fällen des § 19 Abs. 3 der Verzicht auf eine Grundbesitzbarkeit eingetraglich und rechtskräftig geworden ist.

Die durch die Enteignung unberührt bleibenden Rechte an abzutretenden Grundstücken sind in dem Enteignungsbescheide ausdrücklich vorzubehalten.

Der Enteignungsbescheid ist dem Unternehmer sowie dem Eigentümer des Grundstücks oder dem Verächterlichen sowie in den Fällen des § 48 Ziffer 2 dem Verwaltungshof (Hinterlegungsstelle) zuzustellen.

§ 51.

Das enteignete Grundstück oder Recht wird mit dem in § 50 bezeichneten Zeitpunkte von allen darauf haftenden Lasten, soweit dieselben nicht im Enteignungsbescheide vorbehalten sind, befreit und es tritt die Entschädigung hinsichtlich des Eigentums und sonstiger Rechte an Grundstücken an die Stelle des enteigneten Gegenstandes.

Der Landeskommissar hat dafür Sorge zu tragen, daß der Enteignungsbescheid, soweit es sich nicht um befreite Grundstücke handelt, alsbald in das Grundbuch eingetragen und der Permeo nach §§ 19 Abs. 2, 21 letzter Satz, sowie die nicht im Enteignungsbescheide vorbehaltenen Lasten gelöscht werden.

Ist die Entschädigungssumme hinterlegt, weil auf dem enteigneten Grundstück Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden haften (§ 48 Ziffer 2), so ist nach Zustellung des Enteignungsbeschlusses der bisherige Eigentümer und jeder Verächter, welchem an Stelle des enteigneten Grundstücks die Entschädigungssumme haften, befreit, bei demjenigen Notariate, welches im Falle der Zwangsversteigerung örtlich zuständig wäre, die Eröffnung eines Verteilungsverfahrens in entsprechender Anwendung der für die Verteilung des Erbes im Falle der Zwangsversteigerung geltenden Vorschriften zu beantragen. Die gleiche Antragsberechtigung steht auch der Hinterlegungsstelle zu. Die Kosten dieses Verteilungsverfahrens sind vom Unternehmer zu tragen mit Ausnahme derjenigen Kosten, welche durch unbegründeten Widerspruch gegen den Verteilungsplan entstanden sind.

§ 51a (neu).

Ist im Abtretungsverfahren vor der Kommission oder vor dem Bezirksamt (§§ 23 und 24 Abs. 1 und 2) oder im Entschädigungsverfahren vor dem Landeskommissar (§ 43) — ohne daß im letzteren Falle der Feststellungsbescheid beantragt wurde — eine Vereinbarung zwischen dem Unternehmer und dem Eigentümer eines mit Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden

lastet unbedingt die treuherrlich-respektvolle „capeline“ und zu den Verzügen der Mme. de Noailles die gemäßebedene „capote“.

Das sind die Arien zu den Conferenzen von Semaitre: „Lode“ mit Haug und Nischen garniert für die „Madams“; die federgefehmten, Neumbrandtgleichen „Gainsborough“ für „Andromaque“ etc. etc. Wissen Sie auch, wer von all diesen Arien den größten Profit hat?

Sie haben es erraten: die Modistinnen! Wollen Sie, daß ich Ihnen einen schlagenden Beweis liefere? Vor einigen Jahren hatte Mme. K. eine unserer phantasiereichsten Modistinnen (es gehört zum guten Ton, sie nur bei ihrem Vornamen zu nennen, gerahmt wie man von Stendhal spricht, den Hr. Oberam nur kurzweg „Gentil“ nennt) an ihre Angestellten zu Neujahr 2000 Francs verteilt — jenseit 92000 Francs! Die Verion, von der wir diese Auskunft erhielten ist „Première“ (erste Verkäuferin) im Atelier der Mme. K. und bezieht als solche eine Gage von 60000 Francs — ich sage 60000 Francs! Hr. Strauß, die ihr in den australischen Gefilden einherpasst, läßt ihr auch wohl träumen, wieviel Eure Jedern den Pariser Modistes jährlich einbringen.

Das erste Verkäuferinnen in den großen Modellhäusern bis zu 60000 Francs jährliches Einkommen haben. (eventuell auch mehr!) ist für Leute, die mit Pariser Verhältnissen vertraut sind, nichts Neues. Die Summe ergibt sich durch die großen Tantiemen, welche der „Première“ bei jedem Geschäftsbilanz

besetzten Grundstücks über die Abtretung und über die Höhe der dem Eigentümer zu gewährenden Entschädigung zustande gekommen und das Grundstück dem Unternehmer aufgegeben, so kann der Unternehmer dadurch, daß er die vereinbarte Entschädigungssumme öffentlich hinterlegt und den Berechtigten die Beurlaubung der Hinterlegungsstelle über die erfolgte Hinterlegung aufstellen läßt, das Grundstück von den darauf eingetragenen, von dem Unternehmer nicht übernommenen Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden befreien.

An Stelle des Grundstücks haften auch in diesem Falle die hinterlegte Entschädigungssumme, auf deren Verteilung unter die Berechtigten die Vorschriften des § 51 Abs. 2 Anwendung finden.

Soweit jedoch die Forderungen der Entschädigungsberechtigten durch die zwischen dem Unternehmer und dem Eigentümer vereinbarte Entschädigungssumme nicht gedeckt sind, können diese Berechtigten binnen einem Monat von der Zustellung der Hinterlegungsbescheinigung an gegen den Unternehmer im ordentlichen Rechtswege die Hinterlegung einer höheren Entschädigung bis zu dem Betrage fordern, welcher nach den Bestimmungen der §§ 6-15 und unter Beachtung der Bemerkung des § 45 Abs. 7 dieses Gesetzes an den Eigentümer zu leisten wäre.

Zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk das betreffende Grundstück gelegen ist.

§ 52 Absatz 3 und 4.

Innerhalb dreier Tage nach der Zustellung steht den Genannten die bei dem Landeskommissar einzureichende Beschwerde an das Ministerium des Innern zu, welches endgültig entscheidet.

Spätestens eine Woche nach Rechtskraft der Entscheidung können die in Absatz 2 bezeichneten Personen wegen Feststellung des Zustandes des zu enteignenden Grundstücks oder Rechtes unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Landeskommissars bei dem nach § 45 Absatz 3 zuständigen Gerichte den Antrag auf Sicherung des Beweises stellen (§§ 485-494 C.P.O.). Von der Erhebung des gerichtlichen Verfahrens, welches zu beschleunigen ist, hat das Gericht den Landeskommissar zu benachrichtigen. Die Bestimmungen in § 486 Abs. 2 und § 3 P.O. finden keine Anwendung. Bei der Beweisaufnahme hat eine Abschätzung des Wertes des Grundstücks oder Rechtes zu unterbleiben.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

2. Kammer. — 45. Sitzung.

Karlsruhe, 10. März.

Präsident Preyerbach eröffnet 9 Uhr 15 Min. vorm. die Sitzung.

Am Regierungstisch Präsident des Ministeriums des Innern Prey. von Bodran und Regierungskommissar. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Landwirtschaftsberichte.

Eingelaufene Petitionen:

- 1. der Handelskammer Freiburg um Regelung der Gehaltsverhältnisse der geprüften Handelslehrer in Baden;
2. der Gemeinderäte Donaueschingen, Hammereisdach, Reilsingen, Barental und Friedenweiler um Aufhebung des Ausnahmeartikels für die Fahrtrasse auf der Dörlentalbahn;
3. des Verbands der oberbadischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, sowie des Verbands der unterbadischen Kreditgenossenschaften um Aenderung des Vermögensvergesetzes.

Hg. Schmurz (Str. bebauert, daß die Anregung des Abg. v. Weidenstein wegen der Verebelung des Rebhanses durch Sämlingszucht so wenig Anklang im Hause gefunden hat. Die Stadtkingzucht habe eine Degeneration der Reben zur Folge. Mit der Verebelung des Rebhanses durch Amerikaner habe man in jüngster Zeit gute Erfahrungen in Frankreich gesammelt. Auch die Erfahrungen, die man in Weisenheim gesammelt, seien günstige.

Minister Prey. v. Bodman: Was die Frage der Verebelung des Rebhanses durch Sämlingszucht anlangt, so sind wir aufgrund von Gutachten Sachverständiger gegenteiliger Meinung gewesen. Wir werden aber die Sache nochmals prüfen. Die Versuche mit den Amerikaner werden nicht aus dem Auge gelassen. Bisher haben wir die Reblaus nicht. Beim Anbau der Amerikaner an Turmberg haben wir die nötigen Vorkehrungen getroffen. Die Ergebnisse der Amerikaner in Frankreich sind keinesfalls so günstig, wie ein Sophistischer aus der Falsch im ausgeführt hat. Es ist darüber festgestellt worden, daß der Bezirk Bendorf so übel mit Eisenbahnen befaßt ist. Nun es ist jedoch die Bahn nach Bendorf fertig gestellt worden und auch sonst sind Eisenbahnen in diesem Wahlkreis vorhanden. Was an mir ist, werde ich die Wünsche des Abg. Wittenmann bejournierend weitergeben. Ueber den Sogel schau ist hier monche gute Wort gesagt worden, besonders vom Abg. Luenger. Es wird hier schon vieles in den Volksschulen getan, aber ich werde diese Wünsche an das Unterrichtsministerium weitergeben. Damit bin auch ich einverstanden, daß der Wanderschnurunterricht im Dörlental weiter ausgebaut werden muß. Es ist angeregt worden, daß man die Prämiierungsvorschriften bezüglich des Rebhanses ändert, indem man die Prämiierung in zwei Raten vornimmt. Dieser Anregung will ich gern nachgeben. Was die Angaben der Vorabklärungskommission anlangt, so hat diese nur den Umfang des Schadens festzustellen, dagegen hat sie nicht die Höhe des Schadens

zugesprochen werden; und das betreffende Haus kommt dabei keineswegs zu kurz, denn die „Premiere“ ist, die die Chienale gleich mit sich bringt. Verläßt eine „Premiere“ ihre Stelle, so folgt ihr die Kundschafft getreulich in's neue Engagement nach. Bei den exorbitanten Preisen die für elegante Modelle bezahlt werden, kann der „Grand-Contourier“ seiner „Premiere“ ruhig 60000 Francs jährlich anzahlen — er findet dabei noch immer seine Rechnung.

So insolent das Einkommen dieser Heißherren der Mode ist, so möglich ist hingegen das Schicksal der großen Arme von Arbeiterinnen, der tausend und aber tausend „petites currières“. Diese eifrigen Bienen, welche täglich volle 15 Stunden, in den Ateliers eng zusammengepackt, die Model führen, die sehr ununterbrochen bei Gesticht arbeiten, und deren Arbeitszeit sich in den Saison-Monaten noch bis tief in die Nacht verlängert, sind auf das mögliche Salair von durchschnittlich 3 Francs pro Tag angewiesen. Wie sollen es diese jungen, fleißigstigen Geschöpfe fertig bringen, für 3 Francs täglich sich zu befristigen, zu kleiden und die Wohnungsmitte zu bezahlen? Und dabei entfällt der Lohn an Sonn- und Feiertagen und in der Saison morie finden sie keine Arbeit! Aber das sind hier noch die vertriebenen Paria! Es gibt hier noch eine große Anzahl unglücklicher Geschöpfe, die für 20, mitunter sogar für 75 und 60 Centimes sich die Finger täglich wand naden. Und bei diesem Hungerlohn tragen die Arbeiterinnen noch immer dazu bei, das große Renommée der „Pariser Mode“ zu jagen und zu erhalten.

selbst zum Ausdruck zu bringen. Zu gering wird der Flurschaden von den Bauern kaum angegeben werden; es wird wohl meistens das Gegenteil der Fall sein. Was die Zahl der Kommissionsmitglieder anlangt, so ist diese reichsgefehllich festgelegt; eine Verringerung allein für Baden kann nicht eintreten. Die Kosten der Kommission sind allerdings sehr reichlich. Ein vereinfachtes Verfahren ist nur bei kleineren Uebungen möglich. Die Schwierigkeiten bei der Auszahlung der Flurschäden werden wir nach Möglichkeit abzustellen suchen. Es ist vom Abg. Söcher über den Termin der Verzins- und Betriebszahlung geklagt worden. Der Termin ist deshalb in den Sommer verlegt worden, weil im Winter eine ganze Reihe von Betrieben stillstehen. Die Statistik wäre dann sehr unvollständig. Die Anrechnung Landwirte nach Standorten zu entscheiden, ist recht beherzigenswert. Aber es ist bereits einem jungen Mann aus dem Bezirke des Abg. Söcher durch Vermittlung der Regierung ermöglicht worden, in Dänemark die dortige Landwirtschaft zu studieren. Die neue Landesbauordnung will die bodenständische Bauart nach Möglichkeit erhalten. Was die Unternehmung der Bauern anlangt, so habe darauf bereits der Verein für ländliche Wohlfahrtspflege aufmerksam gemacht. Das landesstatistische Amt hat in einem Gutachten darauf abgelehnt, daß die diesbezüglichen Erhebungen sehr schwierige sein würden. Diese werden wohl am besten von reichswegen vorgenommen werden. Es ist auch über den Geburtenrückgang auf dem Lande geklagt worden. Wir haben wieder im Reichsrat noch in Baden über einen Geburtenrückgang zu klagen Ursache. Immerhin ist die Säuglingssterblichkeit auf dem Lande eine große. Die Unterstützung der Hülfserschulen in dem vom Abg. Brodmann gewünschten Sinne erfolgt bereits. Der Abg. Wittmann hat den eigentlichen Wunsch ausgesprochen, daß der badische Weinkontrolleur auch jodelt Wein lassen lassen möchte wie der pfälzische; ich hoffe, daß das in Baden nicht nötig sein wird. Die Regierung hat sich bereits bemüht, eine elektrische Stromverwertungsanstalt ins Leben zu rufen. Der Gewinnung von Chlorsilber aus der Asche und von Kali in Baden wendet die Regierung fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit zu. Ein Vorlaufbericht der Gemeinden bei Güterverkäufen könnte nur auf reichsgefehllichem Wege erreicht werden. In bezug auf die Landesirrebeschüsse habe ich eine Zusage hier nicht gegeben; die badische Landesirrebeschüsse arbeitet keineswegs billiger als die Rheinische Spothelbank. Der Minister vertritt sich selbst über weitere Wünsche aus der Diskussion und über die Bekämpfung der Tuberkulose.

Abg. Söcher (Str.) spricht über die Bekämpfung der Weinfäulerei. Das neue Gesetz sollte mit aller Schärfe durchgeführt werden.
 Geh. Ober-Reg.-Rat Rebe: Die Kurse für Rebbau und die Maschinenkurse sollten beibehalten werden. Es ist empfohlen worden, Beamten für neue Rebanlagen zu gewöhnen. Wir halten diese Anregung für recht beachtenswert. Die Einteilung der Weinbaubezirke besteht auf dem Rebbausgesetz. Die Anstellung eines Wanderlehrers für Bienenzucht ist bei der heutigen Finanzlage nicht möglich. Wenn die Flügelzuchtanstalt nicht auf die Hochburg kommt, so liegen dafür nur sachliche Gründe vor, die Ausstellung in Mannheim ist sehr interessant und belehrend gewesen; der Obstbau hat hier gut bestanden. Er hätte vielleicht noch besser bestanden, wenn im Jahre vorher nicht die Ausstellung in Karlsruhe stattgefunden hätte. Dadurch hat sich der badische Obstbau gegenüber anderen Ländern etwas im Nachteil befunden. Die Bekämpfung der Obstschädlinge durch die Versuchsanstalt in Augustinberg geschieht bereits. Was die Vertiefung des Obstunterrichts an den landwirtschaftlichen Winterschulen anlangt, so ist das zunächst Sache der Kreise. Eine Vermehrung des Unterrichtsstoffes wird freilich nur schwer möglich sein. In landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen liegt ein Bedürfnis nicht vor; auch ist kein geeignetes Lehrpersonal hierfür vorhanden. In den alten Räumen der Versuchsanstalt waren Untersuchungen von Nützlingen in größerem Umfange nicht möglich; in den neuen Räumen ist jedoch ein landwirtschaftliches Laboratorium eingerichtet worden.

Abg. Reiser (natl.) dankt der Regierung für die Förderung der Landwirtschaft, die Neueinteilung des Volksschulunterrichts findet auf dem Lande keinen Anklang. Redner befragt sodann eine weitere Unterstützung der drei Kreislehrerhäuser in seinem Wahlkreise. Während man in den Städten über Fleischsteuerung klagt, kann man auf dem Lande über Verkaufsnote klagen. Die Landwirte tragen keine Schuld an der Fleischsteuerung in den Städten. Die ländlichen Kreditkassen geben vielfach Darlehen, die garnicht sichergestellt sind. Die Absicht, den Obstlehrer von Mosbach nach Ueberlingen zu versetzen, hat in Mosbach große Mißbilligung hervorgerufen. Die Fortschritte der badischen Bienenzucht sind vor allem dem Landesbienenzuchtverein zu danken, der im letzten Jahre sein 50jähriges Jubiläum feierte. Die Faulbrut richtet unter den Bienenzüchtern großen Schaden an. Redner empfiehlt eine intensive Bekämpfung der Faulbrut und berichtet die von den Bahndirektoren ausgeübte Bienenzucht. Der von mir vertretene Wahlkreis gehört mit zu denen, die regelmäßig alle 4 Jahre Mandat haben. Mit den Entscheidungssummen ist man allgemein zufrieden; geklagt wird nur über die Verzögerung des Abschlagsgeschäfts. Einverstanden bin ich auch mit den Wünschen bezgl. Erhöhung des Servitars. Was die Errichtung des Truppenübungsplatzes für das 14. Armeekorps anlangt, so ist ja ein Platz im Oberlande in Aussicht genommen. Redner empfiehlt jedoch die Errichtung eines Truppenübungsplatzes im Hinterland.

Abg. Weichaupt (Str.) spricht über die Lage der Landwirtschaft und begrüßt die Einstellung der reichlichen Mittel für die Förderung der Landwirtschaft in das Budget. Mehr und mehr komme man zur Ueberzeugung, daß der Landwirt sich organisieren muß. Der Besuch der landwirtschaftlichen Schulen würde im Oberlande noch viel größer sein, wenn die Leuten nicht so groß wäre. Die Anstellung eines Obstlehrers für die Seegengebiet ist sehr nötig; sie sollte aber nicht auf Kosten Mosbach erfolgen. Redner spricht dann über die Hebung der Pferdezucht. Erfreulich ist die Umwandlung der Stammzuchtstationen in Zuchtstationen. Bei Anstellung von Bezirksärzten in Zuchtstationen sollten nur solche Ärzte berücksichtigt werden, die Erfahrung im Zuchtwesen haben. Redner unterstützt schließlich die Anträge Reu- und Gen.

Abg. Frick (Dem.) bittet die Regierung bezüglich der kleinen Wünsche der Landwirte nicht zu engherzig zu sein. Wenn der Eichorienbau zurückgegangen ist, so ist die Verdrängung des Sichorie durch den Gerstenkaffee hieran Schuld. Die Schutzzölle würden dem Eichorienbau nicht aufhelfen. Nach

eingeführt, weil es in der Schweiz billiger ist. Es ist also nicht richtig, daß bei uns die Lebensmittel ebenso teuer sind, als in der Schweiz. Wir haben in Deutschland den Weltmarktpreis plus Zoll, deshalb sind unsere Lebensmittel teurer. Mit der Aufhebung des Turnzwanges in den Landtschulen sollte man vorsichtiger sein; diejenigen, welche diese Abschaffung wünschen, möchten am liebsten überhaupt jeden Schulzwang aufheben. Die Bildung der Landbevölkerung würde kaum zu hoch geschraubt werden können. Verfehlt aber ist der Gedanke, eines landwirtschaftlichen Unterrichts beim Militär. Der Bauer muß sich den gegebenen Verhältnissen anpassen wissen; er muß wissen, was er auf seinem Boden am besten baut und was nicht. Es ist uns auf dem letzten Landtag ein Fagelversicherungsgebot versprochen worden; bisher ist aber darauf nicht zurückgekommen worden. Auf der Gartenbauausstellung in Mannheim haben wir sehen können, wieviel wir noch zu lernen haben. Besonders im Arrangement waren uns die Hefen über. Es ist zu bedauern, daß wir in Baden nicht mehr Obstbaulehrer haben. Den Lehrern sollte die Teilnahme an den Bienenzufurten mehr erleichtert werden. In der Rindviehzucht ist man über die Sportzucht noch nicht hinaus. Bei der Viehprämiierung sollte man auch die Haltung des Viehs im Stalle prämiieren. Redner empfiehlt auch für weiterhin eine Unterstützung der Flegenzuchtstation in Schwelzingen. Der Versuch mit der Vorkaufstation ist leider nicht geglückt. Redner tritt schließlich noch für die Hebung des Weinbaues ein. Die Güte des badischen Weines ist keinesfalls so bekannt, als man es ihm wünschte.

Abg. Bausch (natl.) schließt sich den Anträgen Reu- und Gen. an. Wenn immer über Arbeitslosigkeit geklagt werde, so gebe es auf dem Lande Arbeitslosigkeit genug. Redner empfiehlt eine Verringerung der Viehprämiierung.

Der Präsident schlägt vor, hier abzubrechen und heute nachmittag weiterzutagen.

Abg. Dörflinger (natl.) widerspricht dem. Es sei sonst nicht möglich, in den Kommissionssitzungen vorwärts zu kommen. Präsident Lehrenbach: Der letzte Landtag konnte erst am 8. August geschlossen werden. Es sollte möglich sein, den diesmaligen Landtag früher zu schließen. Das wäre im Interesse des Parlaments selbst gelegen. Der Landtag sollte am 1. spätestens am 5. Juli geschlossen werden können. Vor Palmsonntag sollte das ganze Budget mit Ausnahme des Eisenbahnbudgets erledigt werden. Wenn zur Landwirtschaftsdebatte noch weitere Sitzungen benötigt werden, Wante dieser Plan nicht eingehalten werden. Ich will heizzeiten einsehen, daß nicht etwa zum Schluß des Landtags die Erledigung wichtiger Dinge überhastet werden. Die Arbeitszeit ist die gleiche wie die frühere. Für die Berichterstatter der Kommissionen ist es auch nicht nötig, jeder Plenarsitzung von Anfang bis zu Ende beizuwohnen. Die Kommissionen haben jetzt keine so dringenden Aufgaben, wie sie ihnen in den nächsten Wochen erwachen werden. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn heute keine Nachmittags-Sitzung stattfindet, werden wir auch am Donnerstag nicht fertig werden. Dann brauchen wir auch nach den Samstag. Eine solche Hinausschiebung der Geschäfte kann ich nicht verantworten. Es sind heute noch 12 Redner gemeldet.

Abg. Dr. Ding (natl.): Es ist bedauerlich, daß der Präsident eines Gegenstandes konstruiert hat zwischen der Verantwortung des Hauses und des Präsidenten. Der Wunsch nach Abklärung der Debatte ist schon oft ausgesprochen worden. Der Landtag wird solange zusammenbleiben müssen, als es die Geschäfte erfordert. Ich bedauere sehr, daß der Präsident den Senatorenkonvent nicht zur Entscheidung angerufen hat. Das ist kein Ausweg, daß die mit Arbeit besonders überlasteten Herren an den Plenarsitzungen nicht teilzunehmen. Ich möchte den Präsidenten bitten, dem hier ausgesprochenen Wunsch seinen Widerstand entgegenzusetzen.

Abg. Dr. Heimburger (Dem.) bittet gleichfalls, von einer Nachmittags-Sitzung abzusehen.
 Abg. Dr. Wilkens (natl.) schlägt vor, am Donnerstag nachmittag eine außerordentliche Sitzung abzuhalten.
 Abg. Dr. Reuter (Str.) unterstützt diesen Vorschlag, der angenommen wird.

Schluß der Sitzung: halb 2 Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag, 12. März, vorm. 9 Uhr: Fortsetzung der Landwirtschaftsdebatte.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 10. März 1908.

* Personalnachrichten aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen: als Postgehilfe: Ernst Stegmann in Mannheim; als Telegraphengehilfe: Berthold Beck in Mannheim. — Ernannt: zum Telegraphenassistenten: der Telegraphengehilfe Otto Nücker in Mannheim. — Versetzt: die Postassistenten Emil Gehauer von Horheim nach Mannheim, Paul Hech von Rastatt nach Karlsruhe, Peter Lehmann von Heidelberg nach Weinheim (Wegstr.), Emil Wolf von Heidelberg nach Landau; der Telegraphenassistent Julius Schafte von Mannheim nach Mosbach.

* Schnellverbindungen nach Würzburg (mit Umgehung Mannheim?). Der Verkehrsverein hat an die Generaldirektion der Badischen Staats-Eisenbahnen folgende Eingabe gerichtet: „Im Verlaufe unserer Erhebungen vom 21. November d. J. und 12. Februar d. J., in welchen wir Großherzogliche General-Direktion wiederholt um die Föhrung eines neuen Schnellzugspaares Mannheim-Würzburg ersuchten, glauben wir nicht unterlassen zu dürfen, Großherzogliche General-Direktion auf einen heute in der „Frankfurter Zeitung“, Nr. 67, viertes Morgenblatt erschienenen Artikel hinzuweisen. Mannheim, das vor 70 Jahren durch die Unterbrechung der bereits beschlossenen gemeinsamen direkten Linie Mannheim-Darmstadt vom Durchgangsverkehr abgeschnitten worden war, ist schon seit einiger Zeit von einer neuen Umgehungslinie bedroht. Die Linie Frankfurt und Mainz-Worms-Ludwigs-Hafen-Strasbourg-Paris konkurriert den netzartigen Weg Frankfurt und Mainz-Bonnheim-Mannheim-Schwelzingen-Karlsruhe-Weil sehr erfolgreich. Beweis: der neue Sonderzug. Worms scheint für Mannheim, wenn man dem Berichterstatter der Frankfurter Zeitung Glauben schenken darf, immer mehr ein zweites Triebfeld zu werden. Wenn wir auch nicht verkennen, daß der Einfluß der Großherzoglichen General-Direktion nicht soweit reicht, um zu verhindern, daß Zug über Worms-Ludwigs-Hafen geführt werden mit Umgehung Mannheims, so wäre eine neue Schnellverbindungs Ludwigs-Hafen-Würzburg über Worms-Darmstadt-Wiesbaden statt Ludwigs-Hafen-Mannheim-Heidelberg-Würzburg doch nur eine Folge der hartnäckigen Weigerung der Großherzoglichen General-

Direktion, das neue Zugspaar Mannheim-Würzburg zu führen, dessen Fahrplan ja schon festgelegt war. Wir können diese umfangreiche Schädigung nicht nur der Mannheimer, sondern auch der badischen Interessen schwer begreifen und die von Großherzoglicher General-Direktion ins Feld geführten Gründe: Mangel an Lokomotiven etc. von unserem Standpunkt aus nicht als begründet ansehen. Wir bitten Großherzogliche General-Direktion in letzter Stunde nochmals bringend, den ablehnenden Standpunkt betr. des Zugspaares Mannheim-Würzburg zu verlassen und zu verhindern, daß Ludwigs-Hafen der Hauptbahnhof für den Personenverkehr Mannheims wird. Wir wissen uns eins mit der ganzen Bevölkerung Mannheims, wenn wir hiermit ausdrücklich gegen diese Behandlung Mannheims als quantität ungenügend auf das Energiichste protestieren.“

* Wegen Beschäftigung von Schulkindern mit Bräddenastragen fanden am Montag drei Vätermeister, Ludwig Wilhelm Schwab aus Mannheim, Heinrich Schneider und Karl Peter Weidner von Reckarau vor dem Schöffengericht. Weidner meinte, er habe in der Zeitung gelesen, daß Kinder morgens keine Brädden austragen dürfen, aber er habe es darauf ankommen lassen wollen und darum den während des ganzen vorigen Jahres beschäftigten Jungen, der noch keine 12 Jahre alt ist, auch nach der Anzeige weiter beschäftigt. Wenn der Junge eine Schultasche trage, sei das doch das gleiche. Weidner wird zu 3 Mark, Schneider zu 15 Mark und Schwab zu 3 Mark Geldstrafe verurteilt.

* Gesamtwassertraktat. Aus den Kreisen der Schiffahrt wurde als Stellvertreter Mitglied Herr Reichstagsabgeordneter Ernst Casermann in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Postkutter-Schifferverbandes Jus et Justitia in den Gesamtwassertraktat berufen.

* Verein Frauenbildung-Frauenstudium, Abteilung Mannheim. Zum Vortrag des Herrn Geh. Hofrat Professor Kollin hatte sich eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden. Der Vortragende hatte sein Thema „Einige über die Frauenbildung“ behandelt, weil, wie er erklärte, er bei der Fülle der in Betracht kommenden Fragen nur eine zusammenfassende Uebersicht ohne tieferes Eingehen ins Einzelne bieten könne. Er bot aber trotz dieser Einschränkungen eine so abgerundete Bild der bestehenden Verhältnisse, gab so scharfe Einzelheiten auf Vergangenheit und Zukunft, daß durch die Art seines Vortrags und seines Vortrags so vorzügliches, daß man ihm gerne länger zugehört hätte. Professor Kollin schloß an den Vortrag der Reichstagswahl an und beschränkte sich auf die sich ergebenden Gegensätze und Gegenwärtige. So besprach der Redner insbesondere im Rahmen des „allgemeinen Wahlrechts“ neben der Altersgrenze auch die Frage des Frauenstimmrechts. Er erklärte das letztere im Prinzip für gerecht und zweckmäßig, meinte aber, daß die Verwirklichung desselben bei uns nur schrittweise und allmählich, insbesondere nur auf dem Wege über das kommunale und wohl auch über das beschrankte Wahlrecht der Frauen erfolgen könnte und sollte. Dann erörterte der Vortragende die Gegensätze der direkten und der indirekten, der geheimen und der öffentlichen Wahl und sprach sich in beiden Richtungen entschieden zugunsten der ersteren Alternative aus. Auch das preussische und sächsische Dreiklassenwahlrecht erklärte er als auf die Dauer nicht haltbar; jedenfalls sei vor demselben einem gemäßigten Pluralismus der Vorschlag zu geben. Im Reich dürfe an dem jetzigen gleichen Wahlrecht nicht gerüttelt werden. An die Besprechung der absoluten und relativen Mehrheit schloß sich endlich die Erläuterung der Proportionalwahlen mit ihren Systemen der gebundenen und freien Listen an. Der Vortragende wies bei den einzelnen Fragen auf die neuere Literatur über das Wahlrecht hin und schloß seinen Vortrag mit dem Appell, auch in Frauenkreisen den Sinn für politische Bildung immer mehr zu fördern und zu verbreiten.

* Der Evangelische Bund hat, so schreibt man uns, mit seinen Veranstaltungen immer größeren Erfolg, nicht zuletzt dank der regen Mitarbeit des Herrn Stadtpfarrers Klein. Das zeigte wieder der Sonntag Abend, welcher der evangelischen Bewegung in Oesterreich gewidmet war. In der vollbesetzten Trinitatiskirche lautete eine anmerkenswerte Zuhörerschaft den trefflichen Ausführungen des beliebten Geistlichen, die durch gut ausgewählte und klar wiedergegebene Lichtbilder unterstützt wurden. Wir hörten, wie unter dem gelehrten Kaiser Joseph II. die evangelische Kirche eine gewaltige Ausdehnung gewann, aber in späteren Jahren gewaltsam zurückgedrängt wurde. Wie dann die gewaltige Bewegung losbrach und überall, nicht zuletzt in Orien, wo früher die schlimmsten Gewaltthaten gegen die Evangelischen verübt worden waren, evangelische Gemeinden wieder entstanden. Wir hörten von den schweren Kämpfen, die durchzuführen waren. Uebrigens war auch die Schilderung der eigenen Erlebnisse des Herrn Pfarrers Klein in der von ihm gesammelten Gemeinde in Thurn; wie diese Anfangs in eines Zimmermanns Haus die ersten Anbänger hielt, wie sie dann in dem Ort von 14000 Seelen, der überhaupt noch keine Kirche hatte, mit werktätiger Hilfe ihrer evangelischen Glaubensgenossen in Deutschland die schmutzigen Holzern Kirche errichtete und trotz Gewittersturm und Regen, trotz aller Anfeindungen getreulich ausbaute, ständig wachsend, bis sie schließlich den großen Turm wagte, ein großes Gotteshaus zu errichten, das auch allen umliegenden Gemeinden ein Sammelplatz werden sollte. Wohl hielten die Hindernisse unüberwindlich, die sich entgegenstimmten, wohl war es schwer, die Geldmittel zu beschaffen, wohl drohte sogar die Kirche unter den Hammer zu kommen, aber dank den Glaubensbrüdern in Deutschland kam man auch um diese Klippe, so daß endlich das Werk der Vollenbung entgegenstand. Da aber geschah das Unglaubliche, daß die Herrscher, trotzdem, wie sie selbst anwand, gegen Herrn Pfarrer Klein nicht vorlag, trotzdem alle Bedingungen erfüllt waren, trotzdem ihm 7mal das Versprechen baldiger Bestätigung gegeben war, ihm dennoch diese verweigert wurde. So mußte, noch ehe die Kirche ganz vollendet war, Pfarrer Klein mit Weib und Kind die Stätte jahrelanger, treuer Arbeit verlassen und fand mit Gottes Hilfe bei uns in Mannheim eine neue Heimstätte. Die Gemeinde hätte sich. Welche Freude wurde ihr aber, als im Jahre 1905 Pfarrer Klein von Mannheim aus zur endlichen Einweihung der Kirche kam und selbst die Worte des Gotteshauses erfüllte. Die trefflichen Ausführungen machten auf die atemlos folgenden Zuhörer den tiefsten Eindruck. So darf man wohl annehmen, daß der Appell zu werktätiger Mitarbeit, mit welchem Herr Pfarrer Klein seine Ausführungen schloß, nicht nur durch augenblickliche Beistimmung erwidert wurde (die Kollekte ergab Mk. 150 und einiges), sondern daß die evangelische Bewegung durch weitere Stiftungen und zahlreiche Annahmen zum evangelischen Bund darunter Unterstützung finden wird.

* Der evangelische Männerverein (Konkordienkirche) veranstaltet Sonntag, den 15. März, abends 7 1/2 Uhr, einen größeren Familienabend. Unter anderem stehen auf dem Programm Chöre mit Orchesterbegleitung, Deklamationen, Theaterstücke, ebenso ein hochinteressanter Vortrag des Herrn Stadtpfarrers Dr. Finckelns Meßfeierstücke von England, jedoch heute schon ein wirklich genussreicher Abend in Aussicht gestellt werden kann. Der Eintritt ist unentgeltlich. Weiteres wird noch durch die Tageszeitungen bekannt gegeben.

* Das Hallenser führt diese Woche ein Programm vor, das durch seine Originalität alles bisher Gezeigte bei Weitem in Schatten stellt. Unter mehreren gut angelegten Konzerten sind besonders hervorzuheben „Die Baufräule“, eine richtige

Der Hof Dolmetsch-Gesellschaft. Man sieht den berühmten Teletia wie er den Redner in verschiedenen Sprachen nachhört, wie er sich auf offener Straße verwandelt, in eine Halle gerät und zum Schluss durch seine Geistesgegenwart die Zuschauer unerschütterlich macht. Ein prägnantes Bild aus dem Sportleben bildet die große englische Steple-Chaise. Das ganze Programm hat in seiner dormaligen Zusammenstellung in allen Kreisen großen Anklang gefunden. Der zahlreiche Besuch des Theaters beweist, daß jedermann voll und ganz interessiert ist.

22. Verhandlung. Das in der Zeit vom 7. bis 14. Juli vorigen Jahres in Frankfurt abgehaltene 22. Verhandlungsjahr des Badischen Landesjäger-Vereins und des Mittelrheinischen und Pfälzischen Schützenbundes hat, wie die jetzt erst beendete Abrechnung erkennen läßt, nicht, wie vielfach behauptet wurde, ein Defizit, sondern wie aus unter Frankfurter V-Korrespondent mittels, einen in Berücksichtigung der mit einer solchen Veranstaltung verbundenen sehr erheblichen Aufwendungen zufriedenstellenden Ueberschuss ergeben. Die Gesamteinnahmen betragen rund 181.400 Mark, welche Summe bei dem Vorhandensein eines Kassenbestandes von 22.277 M. und 131.000 Mark Gesamtausgaben gegenübersteht. Da zu dem Kassenbestand noch Rückstände für verkaufte Holz und der Wert der noch vorhandenen Münzen usw. kommen, so berechnet sich nach Abzug einiger noch geschuldeter Beträge ein Ueberschuss von genau 628.12 M. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß außer einem Betrag, der die hiesige Schützen-Gesellschaft zu den Kosten des Schießens geleistet hat, auch die Stadt Frankfurt einen Zuschuß von 2000 Mark gewährte.

Bestattung des Medizinalrats Dr. Hermann. In aller Stille ist heute nachmittags die Bestattung des am Sonntag aus dem Leben geschiedenen Medizinalrats Dr. Hermann erfolgt. Es entsprach einem besonderen Wunsche des Verstorbenen, daß Tag und Stunde der Beerdigung nicht bekannt gegeben werden dürften und daß der Bestattung — die Leiche wurde im hiesigen Krematorium eingeäschert — nur die nächsten Angehörigen beizuwohnen. Auch eine Trauerrede hatte der Verlebte nicht gewünscht.

Selbstmordverbrechen. Die 31 Jahre alte Ehefrau Anna Schütte, wohnhaft Varienstraße 18, kürzte sich heute mittags zwischen der Reichsstraße und der Wagenrampe der Straßenbahn in den Rickard, konnte aber noch rechtzeitig wieder dem toten Grabe entzogen werden. Ein Schiffsarzt ist eine Stunde, mit der sie aus Land gezogen wurde. Man beachte die Wunden im Rücken. Als Grund gibt sie an, sie habe am Samstag ihren Mann verlassen und sah sich, wieder zu ihm zurückzukehren.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Der Volkshund zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild bietet uns am Veröffentlichung folgender Rundschreiben: Eine erste Bitte des Volkshundes an die deutschen Väter und Mütter. Der Volkshund beabsichtigt folgende Eingabe an die deutschen Regierungen und Parlamente zu richten: Die Gefährdung unserer Jugend und damit des ganzen deutschen Volkes durch den Schmutz in Wort und Bild wird nach den Ereignissen der letzten Zeit auch von denen anerkannt, die der Schmutz früher gespart haben. Manches ist zwar erreicht. Mit dankenswerter Unterstützung der Behörden und der Presse ist es gelungen, gewisse Mängel der von den Schmutzigen Angelegenheiten zu beseitigen. Aber viel mehr bleibt noch zu tun. Im Interesse der deutschen Jugend fordern wir, daß die Regierungen gegen die öffentliche Anschlagung von Bildern und Schriften einschreiten, die weit entfernt der Kunst oder der Wissenschaft zu dienen, lediglich darauf berechnet sind, in schamloser Weise die Sinnlichkeit zu reizen, sowie gegen Kinematographen und Nudaloptiken, die denselben Zweck dienen. Im Sinne des unermesslichen Grundes unseres Volkshundes, Otto von Leizner, richten wir die dringende Bitte an Väter und Mütter, Lehrer und Lehrerinnen, überhaupt an alle, die es ernst mit unserem deutschen Volk nehmen, und in unserem Sinne zu unterstützen und uns zu dem Vorhau der obenstehenden Eingabe an die deutschen Regierungen und Parlamente auf einer Postkarte ihre Zustimmung zu übermitteln. Die Zustimmungserklärungen sind zu adressieren: An die Geschäftsstelle des Volkshundes, Berlin NW. 87. Auch unsere Redaktionen ist zur Entgegennahme von Unterschriften gern bereit und hat zur Einzeichnung eine Liste angelegt.

Der Kaiser des Sultans, Professor Dr. Bier, hat dieser Tage sein Amt niederzulegen, um einen mehrtägigen Urlaub in seiner deutschen Heimat zu verbringen. Professor Bier ist kurz vor seiner Abreise vom Sultan zum Botschaftsattaché ernannt worden.

Ueber die Verleihung der Titel „Kunstdirektor“ und „Professor“ an Musiker sind vom Kultusminister Halle jetzt neue Grundzüge aufgestellt worden. Es geschah dies in einem Schreiben an den Senat der Königl. Akademie der Künste in Berlin, der Vor schläge in dieser Beziehung gemacht hatte. Der Titel „Kunstdirektor“ soll dem „Herrn. Kapell.“ zufolge in Zukunft nur an Musiker verleiht werden, die eine gute allgemeine wissenschaftliche und künstlerische Ausbildung besitzen und sich durch die Leitung bedeutender Musikausführungen mit Erfolg bewährt haben. In der Regel sollen auch anerkannter Kompositionenverfasser beauftragt werden. Diese können aber ausnahmsweise durch besonders tiefe und umfassende musikalische Bildung oder durch ganz hervorragende Direktionsleistungen ersetzt werden. Der Vorschlagsmittel soll an die Leiter der Königl. Musikdirektion für Musik und andere Musiker von hervorragender Bedeutung verliehen werden, die durch allgemeine und musikalische Bildung und anerkannte Leistungen in weiten Kreisen Anerkennung gefunden haben. Die Verleihung kann erfolgen für ausgezeichnete Leistungen im Lehrfach, in der Komposition, in virtuosen-künstlerischer Betätigung als Sänger, Klavierspieler, Geiger usw., in Dirigieren und in der Musikwissenschaft. Beim Lehrfach wird eine langjährige, erfolgreiche und anerkannte Tätigkeit vorausgesetzt, beim Dirigieren eine längere Reihe von Aufführungen bedeutender Werke mit hervorragenden Organen. In der Musikwissenschaft die Veröffentlichung grundlegender Werke, die neue Aufführungen beibringen oder neue Ansammlungen und Ausstellungen eröffnen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 10. März. Dem Senatskomitee des Abgeordnetenhauses hat die Regierung die Nachricht bestätigt, daß die Session des Landtags am 9. April geschlossen wird.

Berlin, 10. März. Die Kaiserin feierte heute von Wien zurück.

Barcelona, 10. März. König Alfons ist heute um 3 Uhr hier eingetroffen, von einer gewaltigen Menschenmenge sympathisch begrüßt. Das spanische und französische Gesandtschaften gaben Salut ab. Kurz nach der Ankunft ging der König zu einem Abendessen.

Athen, 10. März. Der Agence Athènes wird aus Saloniki gemeldet: Hier besteht sich immer mehr die Ansicht, daß die Ermordung des Dragomans des griechischen Generalkonsulats auf politische Beweggründe zurückzuführen ist. Der Ermordete hat nach dem Gerüchte angefangen, daß er keine persönliche Angelegenheit habe, die vermuthen ließe, daß der Angriff auf ihn aus persön-

lichen Gründen erfolgte. Die Beerdigung des Ermordeten fand unter großer Theilnahme der griechischen Bevölkerung statt.

Der Kaiserbrief an Lord Darnley.

Karlsruhe, 10. März. Eine Berliner Zeitschrift der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ beschäftigt sich mit der Angelegenheit des Kaiserbriefes und sagt, daß die durch das unglückliche Monarch der „Times“, die einen Privatbrief des Kaisers zu Sensationsnachrichten mißbraucht, doch nichtig ist. Die Stimmung in England bei uns wie in der französischen Presse richtig beurteilt werde. Man frage sich, was man in England sagen würde, wenn über ein derart vertrauliches Schreiben des britischen Monarchen ebenfalls gegen England liegende Mittheilungen mit entstellenden Angaben erschienen würden. Ein Sturm der Entrüstung würde losbrechen gegen eine solche für das britische Gefühl besonders peinliche Verletzung der politischen Integrität eines anderen. Deshalb sei auch die öffentliche Meinung nicht gegen Deutschland, sondern überwiegend gegen die „Times“. Es handele sich um die Sicherung des Vertrauensverhältnisses im Verkehr mit britischen Staatsmännern und berufene Vertreter haben im Parlament die demnächstige Unterstellung zurückgewiesen, der Kaiser habe etwas Verbotenes getan. Das abgedruckte Schreiben „Impresso“ passe nicht, weil der Brief schon äußerlich viel zu lang und sachlich viel zu eingehend gehalten ist, um das Wert eines Augenblicks zu sein.

London, 10. März. Alle Wälder betonen übereinstimmend, daß Lord Darnley sehr gut daran gelasse, den Brief des Kaisers so gleich dem Staatssekretär Grey zu zeigen. „Daily Chronicle“ sagt: Nach der Erklärung Darnleys mag es wohl gehalten sein, die Episode zu schließen. Wenn es wahr ist, daß die Regierung des Kaisers durch den jetzt allgemein bekannten Brief in der englischen Presse veranlaßt wurde, dann mag die Sache von Indiscretionen, die mit der unglücklichen Behandlung der Sache durch die „Times“ endete und in einer teilweise nicht ganz einwandfreien Form getreu fortgesetzt wurde, zurückverfolgt werden bis auf Lord Esler und auf seinen überflüssigen aufreizenden Hinweis auf den deutschen Kaiser.

„Daily Graphic“ schreibt: Die Veröffentlichungen Darnleys und Greys betreffend den Charakter des Briefes des Kaisers werden alle Versäufnisse betreffen. Bevor wir den Gegenstand verlassen, muß noch anerkannt werden, daß dem Kaiser gegenüber ein Unrecht begangen wurde, das irgendwie wieder gut gemacht werden sollte. Die Veröffentlichung war eine besonders schwere und wir sind dessen gewiß, daß jene, welche sie erhoben haben, insinuirlich einsehen werden, daß sie freimüthig und rückhaltlos zurückgezogen werden sollte. Es wäre sehr schade, wenn etwa im deutschen Volk eine dauernde Misgünstigung hervorgerufen würde. Noch beklagenswerter wäre es, wenn der Eindruck erwacht würde, daß die Großherzogin und die Königin des englischen Volkes auf einem tieferen Niveau stünde, als seine patriotische Empfindlichkeit. Die ganze Verlesung sei eine Indiscretion, aber dieselbe sei nicht beabsichtigt gewesen und auch nicht erzielt worden.

„Daily Telegraph“ meint: Der Zwischenfall ist ein sehr unglücklicher gewesen von Anfang bis zu Ende. Wir fürchten, daß schon Schaden angerichtet ist. Jetzt ist uns deshalb sehr schmerzhaft zur Hülfe schreiten, die schon voll besteht ist mit deutschen und englischen Zeitungen, welche lächerlich aussehen in dem Augenblick, wo sich der gesunde Sinn zum Vorschein wendet. Wir hoffen, daß in der öffentlichen Meinung nicht eine Spur von Argwohn diehten wird, daß auch nur die leiseste Berechtigung vorhanden sei für die unglücklichen Auslegungen, die der Briefwechsel gefunden hat. Es würde außerordentlich zu bedauern sein, wenn die völlig falsche Idee, daß der Kaiser absichtlich geschickt habe, Einfluß auf einen britischen Minister auszuüben, nicht sofort völlig beseitigt würde. Wir hoffen zusehends, daß der Zwischenfall endgültig vorüber ist, daß er jetzt in seiner wahren Bedeutung betrachtet werden und daß man sehen kann, daß seine Bedeutung sehr gering ist im Vergleich zu der, die ihm bei der Betrachtung durch ein Verhören liegende Mäße gegeben worden ist. So geringfügig die ganze Angelegenheit auch ist, so richtet sie Schaden an. Vergeßlich ist es, daß sie überhaupt nicht hätte vorkommen können, wenn auch nur die gewöhnliche Discretion gewahrt worden wäre.

Ein Nachspiel zum Sanprojet.

Karlsruhe, 10. März. (Von unserem Karlsruher Bureau.) Der Prozeß von Frau Olga Molitor gegen den Chefredakteur der „Badischen Presse“ Albert Herzog ist wegen Erkrankung der Privatklägerin auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Prozeß sollte am Donnerstag seinen Anfang nehmen.

Zum Geheutenwurf über die Arbeitskammern.

Berlin, 9. März. Im Bundesrat dürften die Anträge der Bundesregierungen zu dem vorläufigen Gesetzentwurf über die Arbeitskammern etwa Mitte März eintreffen. Dann wird sich herausstellen, inwiefern die Regierungen sich die lebhafteste Kritik, die in der Öffentlichkeit laut geworden ist, zu eigen gemacht haben, sowie ob und welche Veränderungen an dem Entwurf vorgenommen sind. Daß der Reichstag eine hierzu eingehende Vorlage noch in dieser Tagung durchberaten könnte, würde wohl auch dann ausgeschlossen sein, wenn er nicht — was doch sehr wahrscheinlich ist — den preussischen Landtagswahlen zuliebe in diesem Jahre sehr früh auseinander ginge. Daher wird, wie der „Hann. Cour.“ schreibt, wohl hauptsächlich von der Frage „Schnell oder Vertagung?“ auch die Entscheidung darüber abhängen, ob die Arbeitskammern-Vorlage dem Reichstag in diesem Frühjahr überhaupt noch zugeht. Doch heißt das noch keineswegs.

Marokko.

Tanger, 9. März. Nachdem die nach Rabat zu Abdul Aziz ziehenden Hilfstruppen durch die zu Mulay Hafid übergetretenen Stämme zurückgejagt worden sind, meint es, daß Abdul Aziz den Plan, nach Fez zu ziehen, aufgegeben hat. Der Nachen spricht jetzt von einem Zug nach den Schausjastämmen, eventuell mit Hilfe französischer Truppen.

Der „Taisu-Maru“-Zwischenfall.

Hongkong, 10. März. (Mentel.) In Canton wurde eine große Versammlung abgehalten, um gegen die Freigabe der „Taisu-Maru“ Einspruch zu erheben. Hervorragende Persönlichkeiten erklärten in der Versammlung, die japanischen Rechte Chinas müßten aufrechterhalten werden. Es wurde beschlossen, japanische Waren zu boykottieren, wenn das Schiff und die Ladung nicht konfiszirt bleiben sollten.

Die Vereinigten Staaten und Venezuela.

New York, 10. März. Die „Tribune“, die allgemein als Kopierungsblatt gilt, bringt eine Depesche aus Washington, daß das Staatsdepartement der Ansicht sei, daß die Vereinigten Staaten an Venezuela ein Ultimatum richten oder sich weiteren Unfreundlichkeiten fügen müßten. Sowohl Roosevelt als auch Kooi glauben, daß Castro bestraft werden

soll, nur sei die Frage, ob es weise oder vorteilhaft für die Vereinigten Staaten sei, die Strafe zu vollstrecken mit Rücksicht auf das Vermögen, den internationalen Frieden zu fördern. Erst nach Vorlage der Verhandlungen zwischen beiden Staaten werde der Senat zur Beilegung der Bestimmung schreiten können.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 10. März.

Auf Bundesratsseite: Unterstaatssekretär Sydow. Der Präsident eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 30 Min. Zur Beratung stehen 4 Interpellationen betreffend Einbringung der Vorlage über die

Gehaltsaufbesserung der Reichsbeamten.

Auf Anfragen des Präsidenten erklärte sich der Unterstaatssekretär Sydow zur sofortigen Beantwortung der Interpellationen bereit.

Freiherr v. Rittschhausen (konf.) begründet die Interpellation seiner Partei und führt aus, die Frage, auf welche sich seine Interpellation beziehe, sei eine solche, über die sämtliche Parteien des Hauses gleiche Ansichten hätten und auch die Regierung gleicher Ansicht sei. (Zustimmung.) Im vorigen Jahre meinten alle Redner, daß es geboten sei, eine Besserung der Befolgung der Beamten eintreten zu lassen und zwar durch eine Erhöhung des Wohnungsgeldes und durch eine Verbesserung der Befolgung selbst. Seine Partei halte daran fest, daß es nicht ratsam sei, einzelne Beamtenkategorien herauszugreifen; die Interpellation bezwecke, die Regierung zu fragen, was bei der letzten Gehaltsaufbesserung 1897 geschehen sei und was geschehen solle, um das Verbrechen der Regierung, daß 1908 die Regelung der Beamtenbefolgungsverhältnisse erfolgen werde, einzulösen. Für die Beamten sei es unerträglich, wenn der jetzige Zustand noch weiter andauern sollte. Mit der Feuerungszulage könnten sich die Beamten unmöglich begnügen, es müsse vielmehr organisch für sie gefordert werden.

Graf Oriola (natl.) erklärt, die Interpellation seiner Partei stimme dem Sinne nach mit derjenigen der Konserverpartei überein. Die verschiedenen Parteien des Reichstags erachten es für ihre Pflicht, eine dringende Anfrage an den Reichskanzler zu stellen, weil sie Klarheit darüber haben wollen, wann die Vorlage des Beamtenbefolgungsgesetzes und des Wohnungsgeldzuschußgesetzes an den Reichstag gelangen werden. Die Beihilfe für die Beamten, speziell für die mittleren und unteren Beamten könne man nicht aufschieben, bis der neue Staatssekretär ein neues Steuerprogramm ausgearbeitet habe, und dieses im Reichstag zur Annahme gelangt sei. Es müsse ein Weg gefunden werden, der für 1908 den Bedürfnissen der Beamten Rechnung trägt. Sollte die Regierung die Lösung der Beamtenbefolgungsfrage als untrennbar von der Finanzreform ansehen, dann müßten die Beamten durch eine Erklärung die beruhigende Sicherheit erhalten, daß das Beamtenbefolgungsgesetz rückwirkende Kraft bis 1. April 1908 erhalten werde. Wenn die Erledigung in der gegenwärtigen Tagung nicht möglich sei, so sei erforderlich, daß den Beamten für 1908 eine Feuerungszulage gegeben werde. (Beifall.)

Zur Begründung der Interpellation der Freisinnigen führt Schrader (freis. Vpn.) aus: Die Regierung und mehrere Parteien hätten durch ihre Jollpolitik und Doppelverträge eine Notlage geschaffen, in der sich nun auch die Beamten befinden. Daß die Beamten eine Aufbesserung verdienen, geht auch daraus hervor, daß sie nicht in der Lage sind, durch Notharbeit und auf andere Weise ihre Einkommen zu verbessern. Die Regierung müsse ihre in feierlicher Weise abgegebene Zusicherung, die Verhältnisse der Beamtenbefolgung zu verbessern, erfüllen. Der Redner habe auf dem Weg der Erhöhung der Materialbezüge hingewiesen; es sei Sache der Regierung, Vorschläge zu machen, wie man am besten die Deduktion vornehmen könne.

Zur Begründung der Interpellation Houpeck führt

Spehn (Ztr.) aus, auch seine Partei meine, daß die Regelung dieser Frage eine der ersten Aufgaben der Gesetzgebung sein müsse, nach dem bisherigen Stand der Verhandlung könne man das Resultat einigermaßen voraussehen. Mit einer Feuerungszulage sei es nicht getan, es sei nur ein Nothbehelf. Allgemein sei anerkannt, daß eine Steigerung der Lebensbedürfnisse mit über 20 Prozent eingetreten sei. Eine Erhaltung einer gesunden Beamtenkraft sei für das Reich von größtem Werte. Das Reich müsse für seine Beamten auch die nötigen Mittel beschaffen. (Beifall im Centrum.)

Von Tag zu Tag.

Verurtheilte Mörder, Arefeld, 10. März. Das Schwurgericht in Cleve verurtheilte den jugendlichen Bergmann Karl Stehlf, welcher seine Geliebte, die 17jährige Therese Bild, erschossen hatte, zu 12 Jahren Zuchthaus.

Liebesdrama, Rürnberg, 10. März. Ein geheim zugewiesenes Paar, das in einem heiligen Gotteshaus Wohnung genommen hatte, wurde heute früh nach gewalttätiger Öffnung des Zimmers bewußlos aufgefunden. Es ergab sich, daß die Weibchen Schwefelsäure getrunken hatten. Die Schwerverletzten stammten aus Frankfurt-Waldheim. Es sind der ledige Hornet Karl Lotter und die ledige Arbeiterin Geisel. Sie wurden in das städtische Krankenhaus gebracht.

Rürnberg, 10. März. Heute früh 4 Uhr wurde in der Sakristei der Christuskirche eingebrochen und Feuer angelegt. Die Feuerwehre wurde des Brandes jedoch rasch Herr. Die Opferstoffe sowie der Silberschrank sind erbrochen. Was fehlt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Aus dem Grossherzogthum.

Weinheim, 9. März. Die Bewegung der Beamten um Verbesserung ihrer Lage ist auch an den Gemeindevorständen nicht ohne Spur vorübergegangen. Seit Jahren kämpft Bürgermeister Geyer für eine Verbesserung der städtischen Beamten und Regelung der Gehaltsfrage durch ein Ortsstatut. In der nächsten Mittwoch stattfindenden Bürgeramtsversammlung wird ein diesbezüglicher Antrag vorgelegt werden, dessen Text und Begründung 23 Druckseiten füllt. Anschließend daran wird die Gehaltsregulierung des Bürgermeisters vorgenommen.

Karlsruhe, 9. Febr. Der Brand im „Gad. Landeshoten“ konnte erst gestern mittag vollständig gelöscht werden. Das Feuer hatte während der letzten Tage unter den eingestürzten Trümmern weitergebrannt und war am Sonntag früh erneut zum Ausbruch gekommen. Es gelang glücklicherweise, sofort das Element zu Herr zu werden. Wie ein Hagengeweige der „Bad. Pr.“ nach nachträglich zur Brandkatastrophe mitzutheilen ließ, erfolgte der Einsturz der südlichen Mauer des Gebäudes ganz plötzlich, ohne daß vorher Witterung in ihrer Front zeigte. Die zufällig im Hofe anwesenden Personen konnten sich nur mit knapper Not vor der Einsturzmasse und einer wüthenden Feuerwolke retten.

Londoner Effektenbörse.

Table with columns for London, 10. März, (Telegr.) and various stock prices including Reichsanleihe, China, Indiens, etc.

Frankfurter Effektenbörse.

Table with columns for Frankfurt, 10. März, (Telegr.) and various stock prices including Reichsanleihe, Staatspapiere, etc.

Table with columns for Frankfurt, 10. März, (Telegr.) and various stock prices including Reichsanleihe, Staatspapiere, etc.

Table with columns for Frankfurt, 10. März, (Telegr.) and various stock prices including Reichsanleihe, Staatspapiere, etc.

Table with columns for Frankfurt, 10. März, (Telegr.) and various stock prices including Reichsanleihe, Staatspapiere, etc.

Table with columns for Frankfurt, 10. März, (Telegr.) and various stock prices including Reichsanleihe, Staatspapiere, etc.

Table with columns for Frankfurt, 10. März, (Telegr.) and various stock prices including Reichsanleihe, Staatspapiere, etc.

Frankfurt a. M., 10. März, Kreditlinien 2 1/2 20, Staatsbahn 144.10, Lombarden 27.10, etc.

Frankfurt a. M., 10. März, Kreditlinien 2 1/2 20, Staatsbahn 144.10, Lombarden 27.10, etc.

Frankfurt a. M., 10. März, Kreditlinien 2 1/2 20, Staatsbahn 144.10, Lombarden 27.10, etc.

Frankfurt a. M., 10. März, Kreditlinien 2 1/2 20, Staatsbahn 144.10, Lombarden 27.10, etc.

Frankfurt a. M., 10. März, Kreditlinien 2 1/2 20, Staatsbahn 144.10, Lombarden 27.10, etc.

Frankfurt a. M., 10. März, Kreditlinien 2 1/2 20, Staatsbahn 144.10, Lombarden 27.10, etc.

Frankfurt a. M., 10. März, Kreditlinien 2 1/2 20, Staatsbahn 144.10, Lombarden 27.10, etc.

Preisnotierungen der Börsenkommission des Vereins von Holzinteressenten Süddeutschlands für die Holzbörsen vom 6. März 1908 in Straßburg i. G.

Table with columns for Holzpreise, Bauholz, Bretter, etc.

Die obigen Preise entsprechen bei circa 2 Mark Kisten ab Sägewerk und 5% Verdienst den folgenden Rundholzpreisen franco Sägewerk.

Marx & Goldschmidt, Mannheim. Telegramm-Adresse: Margold. Fernsprecher: Nr. 56 und 1637. 10. März 1908. Provisionsfrei.

Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt.

Table with columns for various companies and their stock prices, including A.G. für Mühlbetrieb, etc.

Verantwortlich: Für Inhalt: Dr. Fritz Goldenbaum; Für Druck: Dr. H. Deeschen Buchdruckerei.

Advertisement for Deutsche Militärdienst- u. Lebens-Versicherungs-Anstalt, featuring insurance details and contact information.

Aus dem Grossherzogtum.

§ Ladenburg, 10. März. In dem schon belorieteten Saale des Gasthauses „zum Schiff“ hielt am vergangenen Sonntag der Gesangsverein „Sängereinheit“...

schönsten sind die Hühner, Tauben und Wildtauben vertreten. Man beginnt doch allmählich einzusehen, daß der Geflügelmarkt größere Beachtung verdient werden sollte...

Platz, Hessen und Umgebung.

* Frankfurt, 9. März. Zur Beschaffung der Mittel für die von den städtischen Behörden beschlossenen größeren städtischen Unternehmungen...

wird, wie im einzelnen näher begründet wird, die Aufnahme einer größeren Verkehrs-Anleihe von rund 50 Millionen beantragt.

Sport.

* Nationales Wettschwimmen in Frankfurt. Das nationale Wettschwimmen und -springen, das der Erste Frankfurter Schwimmklub Sonntag Nachmittag im Städtischen Schwimmbad abhielt...

A.S.C. Eine Reihe wichtiger Fußball-Beispiele wurden am vergangenen Sonntag in Deutschland ausgetragen. Frankfurt: Hanauer Fußballklub von 1893 gegen Bodenheimer Vereinigung 14:0.

ARIADNE-FAHRRÄDER. Für Saison 1908 sind meine ARIADNE-FAHRRÄDER entschieden die besten und billigsten.

Doppel-Torpedo. Die größte Erholung bietet eine Fahrt auf Doppel-Torpedo mit 2 Überströmungen.

Unterricht in stenographischer, Maschinenschreiben, Buchführung etc.

Bernauer & Co. Inhaber: Herm. Klusmann jr. liefern sämtliche Sorten Ruhrkohlen, Koks, Brikets.

Buzigante Weil-Sirich S 6, 37, II. Stock. Gründliche Auszubildung ohne Vorkenntnisse im Kleinfischen von Ältern, Sänden etc.

Der Kaffee ist das beliebteste Genussmittel! Allen leidenden und nervösen Personen, die dem Genuß von Kaffee bisher entsagen mussten, empfehlen wir unseren coffeinfreien Kaffee.

Fr. Hoffstaetter. Louisenring 61 Telefon 561. Louisenring 61 empfiehlt in bester Qualität alle Sorten Ruhrkohlen, Ruhrkoks, Gaskoks.

Verlobungs-Anzeigen Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei. liefert schnell und billig.

Bekanntmachung. Nr. 4519. Die Anmeldung derjenigen Knaben und Mädchen, welche an Ostern dieses Jahres in die erste Klasse der Bürgerhause eintreten sollen...

Die Tochter des Erfinders. 20jähriger Erfolg! Nur echt mit nebenstehendem Bild. Uhlmann's Peruanisches Tannin-Haarwasser.

